

Stephen Gill

Die falsche Antwort auf die amerikanische Frage Eine Replik auf Immanuel Wallerstein

In dem in PROKLA 133 erschienenen Aufsatz „Auftakt zur globalen Anarchie“ vertritt Wallerstein die These, dass das Ende der US-amerikanischen Hegemonie unmittelbar bevorsteht. Im folgenden skizziere ich eine alternative Interpretation. Sie ist von Antonio Gramscis berühmter, auf Romain Rolland zurückgehender Maxime, „Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens“ inspiriert. Wie viele der Linken ist Wallerstein optimistisch, dass angesichts der weltweiten Zunahme progressiver Kräfte die Macht der Vereinigten Staaten abnimmt. Während ich es durchaus sympathisch finde, dass Wallerstein versucht, theoretisch und polemisch die Kräfte zu unterstützen, die zum Beispiel gegen die US-amerikanische Außenpolitik opponieren, habe ich weit weniger Sympathie damit, wie er die jüngste Weltgeschichte interpretiert oder wie er die sozialen Kräfte im Kontext der entstehenden Weltordnung auffasst. Ich finde seine Analyse viel zu spekulativ, meines Erachtens ignoriert Wallerstein fundamentale Aspekte der US-amerikanischen Herrschaft, vor allem ihre strategischen Fähigkeiten, als auch ihre Verbindungen zu transnationalen politischen und klassenspezifischen Formationen. *Pessimismus des Verstandes* ist angebracht, will man die Entwicklung der sozialen und politischen Kräfte in der Weltordnung des neuen Jahrtausends angemessen einschätzen.

Vormachtstellung, Hegemonie und Weltordnung

Wallerstein argumentiert, dass das Jahr 2001 eine Verschiebung der Weltordnung anzeigt. Zwischen 1945 und 1973 seien die USA die „hegemoniale Macht im Weltsystem“ gewesen, heute sei diese hegemoniale Macht im Niedergang begriffen. Die Weltordnung sei, zum Teil als Ergebnis dieses Machtverlusts der USA, in eine Periode der „globalen Anarchie“ übergegangen und zwar im Anschluss an die Erschöpfung des neoliberalen Projekts, welches in den 90er Jahren in ernsthafte Schwierigkeiten geraten sei. In der globalen Anarchie würde kein einziger Akteur die Weltordnung kontrollieren, „schon gar nicht eine Hegemonialmacht im Niedergang wie die USA“ (S. 573)

Wie ich in früheren Arbeiten dargelegt habe, gab es während der 1970er und 1980er Jahre viele Autoren (Wallerstein eingeschlossen), die glaubten, die 'ö-

konomische' Macht der USA würde relativ schwächer werden und sei von dem aufstrebenden Westeuropa und Japan ebenso bedroht wie von dem ehemaligen sowjetischen Block und der Dritten Welt (Gill 1986). Allerdings wurde meines Erachtens nach die Konfiguration der globalen politischen und sozialen Kräfte in einer Periode der Krise falsch interpretiert: in dieser Zeit scheint die US-amerikanische Macht vielmehr transnationaler, neo-liberaler und der Form nach disziplinierend geworden zu sein (Gill 1990). Damit wurde eine Transformation in den Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft angezeigt: weg von einer Hegemonie relativ zu den wichtigsten Bündnispartnern, hin zu einem – wie ich es heute nenne – Projekt der Vormachtstellung, welches zunehmend auf Zwang und weniger auf Konsens beruht (Gill 2003).

Heutzutage wird die These vom Niedergang der US-amerikanischen Herrschaft von einer Mehrheit der Kommentatoren geradezu ins Gegenteil verkehrt. So werden die USA häufig als allgegenwärtige und allmächtige Größe dargestellt, die alles zu überwinden vermag, was sich ihr in den Weg stellt. Während in den 70er Jahren Wallersteins Argumente durchaus zum Mainstream zählten, sind seine Thesen heute eher ein nützliches Korrektiv zum Mainstream. Allerdings schießt er vielleicht über das Ziel hinaus und unterschätzt das Ausmaß und die Tiefe der globalen Restrukturierung, die in den vergangenen 30 Jahren stattgefunden hat.

Wallerstein wiederholt in seinem Artikel viele der Argumente, die er bereits seit 1970 vertritt. Meistens verwendet er die Kategorie der globalen Macht in einer ganz konventionellen Weise als Kampf zwischen Staaten (die Klassen und Staaten gegenüberstehen). Dies ähnelt sehr der „realistischen Schule“ der Theorie der Internationalen Beziehungen und deren Auffassungen von Machtpolitik und Staatsräson. Auch die Kategorisierung der Staaten nach Kriterien ihres Entwicklungsstandes (Zentrum, Peripherie, Semi-Peripherie) kommt diesem Vergleich nahe. Allerdings tendiert diese Sichtweise dazu, die Grundlagen der globalen Macht und der Klassenherrschaft sowie ihren Ausdruck in der widersprüchlichen Entwicklung der Weltordnung zu verdecken.

Im Unterschied dazu erscheint es mir plausibel, dass die neue Weltordnung von einem System disziplinierender Macht abhängt, die territoriale und nicht-territoriale Rahmenbedingungen in einer Welt von ansonsten formal souveränen Staaten vereint. Diese Staaten sind durch ein kapitalistisches Akkumulationsregime und durch eine im Entstehen begriffene, internationale politische und zivile Gesellschaft miteinander verbunden. Daher wird die Aufteilung der Staaten in formale Souveränitäten durch ein System ökonomischer, kultureller und politischer Integration konterkariert.

In der gegenwärtigen Phase neoliberaler Globalisierung sind drei wesentliche Rahmenbedingungen der Macht dominierend: der disziplinierende Neoliberalismus, der „Neue Konstitutionalismus“ und die verschärften Mechanismen von Überwachung oder Panoptismus, die alle drei zum Teil in der extensiven

militärischen und politischen Interventionskapazität der Vereinigten Staaten verkörpert sind (Gill 2001). Diese Kapazitäten beruhen auf einem weltweiten System von Militärbasen und Einrichtungen, die seit dem zweiten Weltkrieg unter der Kontrolle der USA stehen und die sich seit dem ersten Golfkrieg von 1991 rasant ausgebreitet haben, was wiederum den schnellen Einfall in den Irak und die Einnahme von Bagdad im Jahre 2003 ermöglichte.

Globale Liberalisierung statt Abschottung der Machtsphären

Natürlich hat Wallerstein recht, wenn er sagt, dass Krisen und Veränderungen der Weltlage die Legitimation der von dem USA angeführten Globalisierung in Frage stellen. Solche Veränderungen brachten das Wachstum gegenhegemonialer Kräfte voran. Obgleich es auch unter ihnen keine Einigkeit gab, stellten sie die Frage nach den Alternativen zur „Globalisierung von oben“ mit einer neuer Dringlichkeit. Was die Bedingungen angeht, unter denen fortschrittliche Kräfte wirkliche politische Alternativen zum dominierenden System von Akkumulation und Herrschaft formulieren, ist als ein Schlüsselement der Globalisierung die Art und Weise festzuhalten, wie sich liberale Staatsformen im frühen 21. Jahrhundert ausbreiten. Unter anderem wird dabei die Rolle des Staates den privaten Kräften der bürgerlichen Gesellschaft untergeordnet. Damit ist der Pfad der sozialen Entwicklung zu großen Teilen der Macht des Kapitals unterworfen, dessen Eigentumsrechte gesetzlich garantiert und aufrecht erhalten werden.

Tatsächlich entsprach es in den vergangenen 20 bis 30 Jahren dem geopolitischen Trend – teilweise gefördert von der US-Politik – eine größere ökonomische und politische Liberalisierung durchzusetzen, die Kapitalmobilität zu erhöhen und internationale Handels- und Investitionsströme zu fördern – was im Gegensatz zu den Voraussagen der meisten Theoretiker der 70er und 80er Jahre (einschließlich Wallersteins) steht, die statt zunehmender Liberalisierung eine zunehmende Abschottung, aggressiven ökonomischen Regionalismus und inter-imperiale Rivalitäten vorausgesagt hatten.

In den 90ern wurde schließlich klar, dass sich die USA im Epizentrum des disziplinierenden Neoliberalismus befanden, der mit der Globalisierung des Finanzwesens, mit dem Machtgewinn und einer größeren Mobilität des Kapitals einherging. Dem lag die weltweite und das Konkurrenzprinzip unterstützende Deregulierung (oder genauer gesagt die liberale Reregulierung) zugrunde, die die Nationalstaaten und insbesondere die nicht konkurrenzfähigen Produzenten einem globalen Kraftfeld von Marktkräften unterwarf. Trotz häufiger Meinungsverschiedenheiten gestalten die USA, ihre wichtigsten Bündnispartner und die internationalen Finanzinstitutionen gemeinsam eine Welt, in welcher das Kapital relativ frei flottieren und sich offshore und onshore niederlassen kann, was ein weiteres Element der Liberalisierung der globalen poli-

tischen Ökonomie ist. In diesem Zusammenhang kam es auch zur Restrukturierung von Staaten, entweder weil ihre Regierungen dies beschlossen hatten oder weil sie gezwungen waren, eine investorenfreundliche Politik durchzusetzen. Mitunter haben die internationalen Finanzinstitutionen den Staaten neoliberale Reformen aufgezwungen – durch „strukturelle Anpassungsprogramme“, durch die sogenannte „Schocktherapie“ oder auch durch militärische Drohungen.

Damit ist ein Schlüsselrend der vergangenen 20 Jahre benannt: Die Adaption einer liberalen Verfassung und anderer Maßnahmen, die dazu führten, dass die Grundzüge neoliberaler Politik bereits in Gesetzen, Verträgen und ökonomischen Institutionen enthalten sein musste. Beispiele dafür sind unabhängige Zentralbanken und die Verpflichtung zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Diese Dimension neoliberaler Globalisierung bezeichne ich als „Neuen Konstitutionalismus“ (Gill 1998b, 1998a), sie steht in direktem Zusammenhang mit dem „Washington Konsens“, der während der 1990er Jahre von den Regierungseliten weltweit zunehmend akzeptiert wurde.

Auch wenn Wallerstein der Meinung ist, dass die neoliberale Offensive in den 1990er Jahren in Schwierigkeiten geriet, bleibt doch als wesentlicher Punkt, dass sich die disziplinierenden neoliberalen Reformen innerhalb der einzelnen Nationalstaaten durch ihre Verkörperung in Gesetzen sowie politischen und juristischen Apparaten verfestigten. Dies gilt auch für internationale Vereinbarungen und Institutionen. Zentrale Beispiele sind die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und die Welthandelsorganisation (WTO), ebenso wie das riesige Netz von bilateralen Investitionsabkommen, von denen viele – zumindest wenn die USA und Kanada beteiligt waren – nach dem Vorbild der NAFTA gestaltet wurden. In diesem Zusammenhang kam es auch in jenen kapitalistischen Staaten zu weitreichenden Liberalisierungen, die bislang durch einen hohen Grad an staatlichem Interventionismus gekennzeichnet waren. Auch die meisten Länder des früheren Ostblocks liberalisierten ihre ökonomische Struktur zugunsten einer umfassenden Integration in das kapitalistische Weltsystem.

Natürlich ist das nicht allein das Ergebnis US-amerikanischer Machtpolitik, sondern steht in direktem Zusammenhang mit Klasseninteressen, welche die Länder der „Triade“ (Japan, Nordamerika und Westeuropa) ebenso wie Lateinamerika, den früheren Ostblock sowie Ostasien und immer mehr auch China umspannen. Die herrschenden Klassen dieser Länder haben ein gemeinsames Interesse an der Liberalisierung der globalen politischen Ökonomie. Daher haben die USA zur Durchsetzung einer weltweiten ökonomischen Liberalisierung eine aus Unilateralismus, Bilateralismus und Multilateralismus gemischte außenpolitische Strategie angewandt. Ziel war, die weltweite Ausdehnung der Macht des Kapitals zu forcieren – auch wenn dies niemals ohne Krisen oder Widersprüche vor sich gegangen war.

Indien und China, Japan und Korea

Im Unterschied zu Wallersteins Betonung einer globalen ökonomischen Stagnation kann, trotz einer weltweiten Zunahme der Ungleichheit in und zwischen den Staaten, nicht ignoriert werden, dass es in vielen Teilen der Welt ein erhebliches Wirtschaftswachstum gab (zum Beispiel in den zwei weltweit bevölkerungsreichsten Ländern China und Indien). Dieses Wachstum ging in den letzten zwei Dekaden mit einer rasanten Zunahme des internationalen Handels und der Auslandsinvestitionen einher. Die geopolitische Bedeutung dieser Entwicklung sollte jedoch nicht übergewichtet werden, da die Ökonomien Indiens und Chinas im globalen Maßstab noch relativ klein sind.

Wie auch immer, es gibt jedenfalls deutliche Hinweise darauf, dass beide Länder oder besser gesagt, ihre jeweils herrschende Klasse, eine größere Integration in den Weltmarkt anstreben. In vielerlei Hinsicht wurde ihre Außenwirtschaftspolitik in den letzten Jahren aggressiv liberalisiert. Durch die Förderung von ausländischen Investitionen sollten die komparativen Kostenvorteile billiger Arbeit – sowohl qualifizierter als auch unqualifizierter – ausgenutzt werden. Millionen chinesischer Wanderarbeiter produzieren am Perlenfluss Elektronik und Kleidung für globale Unternehmen und Indien verfolgt aggressiv das Ziel, den Export von Datenverarbeitung und Computerprogrammierung zu steigern.

Ferner werden die ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und China zunehmend symbiotischer. China bietet billige Arbeit und hoch-technologische Produktionsstätten für die Herstellung US-amerikanischer Markenartikel, welche dann wiederum US-amerikanische Abnehmer finden, wie beispielsweise Wal-Mart. Außerdem finanziert China das US-amerikanische Haushaltsdefizit durch massiven Kauf von Bundesanleihen.

Wallersteins Vermutung, dass Japan, Korea und China näher zusammenrücken werden, erscheint aus einer geopolitischen Perspektive wenig wahrscheinlich. Nicht nur weil jedes dieser Länder von der Prosperität der US-amerikanischen Ökonomie abhängig ist und den Zugang zu dieser Ökonomie benötigt, sondern auch weil die USA eine erhebliche militärische Präsenz (Süd)korea und Japan haben. Auch kontrollieren die USA sowohl direkt als auch indirekt das Öl des Mittleren Ostens, und Japan, in (Süd)korea und zunehmend auch China sind für ihren Bedarf an Primärenergie auf dieses Öl angewiesen. China ist heute der weltweit zweitgrößte Energiekonsument nach den USA.

Ost- und Westeuropa

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus verschwand auch ein zum Kapitalismus alternatives System. Das heißt aber nicht, dass es überhaupt keine Alternative zur dominanten politischen Orthodoxie existieren würde, wir finden solche Alternativen insbesondere auf der neo-faschistischen und rassistischen Rechten.

Die neue Situation im ehemaligen Ostblock kann folgendermaßen interpretiert werden: Auf der einen Seite führte der Wunsch nach Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz zu einer lang anhaltenden Anziehungskraft der politischen Modelle des Westens auf die Bevölkerung des Ostens. Die Verfassungen, die der Revolution folgten, institutionalisierten daher einen bestimmten demokratischem Konsens. Allerdings dienten sie auch dazu, neue Eigentumsrechte für das Kapital einzurichten.

Die Bedingungen, die den früheren Ostblockstaaten vom Westen auferlegt wurden, ließen ihnen nur wenige Wahlmöglichkeiten. Die Zustimmung der Bevölkerung wurde von einem gewissen Zwang begleitet, denn der frühere Ostblock hatte das westliche, liberale System mit seinen absoluten Garantien für das Recht auf Privateigentum zu akzeptieren, andernfalls würde es keine westliche Hilfe geben. In der Tat hatten jene, die sich weigerten wie z.B. Serbien, mit strengen Strafen zu rechnen. In einigen Ländern wurde der liberale Ansatz mittels Restrukturierungsprogrammen umgesetzt – nicht nur in Polen, sondern auch in der ehemaligen DDR nach ihrer *de facto* Annexionierung durch Westdeutschland.

Mittlerweile ist die gesamteuropäische soziale Entwicklung von einer neuen Welle der ursprünglichen Akkumulation gekennzeichnet, die sich in den weit verbreiteten Privatisierungen ebenso wie in der Intensivierung der Ausbeutung ausdrückt. Sie zeigt sich auch in der Transformation der Institutionen und Rahmenbedingungen sozialer Reproduktion, in der Transformation des Wohlfahrtsstaats, der individuelle Risiken vordem sozialisierte (zum Beispiel mit Hilfe der gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung).

Überall in Europa wurden – wenn auch in unterschiedlicher Weise – die Rahmenbedingungen der sozialen Reproduktion und der Sozialisierung der Risiken, die man mit Wohlfahrtsstaat, Staatssozialismus und Kommunismus assoziierte, grundlegend in Richtung einer disziplinierenden neoliberalen kapitalistischen Ordnung verändert. Das strategische Ziel der US-amerikanischen Politik war es dabei, die Grenzen und die politische Basis des westlichen Blocks auszudehnen und eine neu geschaffene Bourgeoisie im Osten zu etablieren. Ebenso sollten die militärischen Kapazitäten des Ostens unter NATO Befehl kommen.

Wenn Wallerstein behauptet, dass die Europäische Union „sich weiter von der USA entfernen“ (S. 573) wird, ignoriert er die zunehmende wechselseitige Durchdringung der transatlantischen Ökonomie ebenso wie die Rolle der NATO und viele andere Aspekte der US-amerikanischen Geopolitik, mit denen die europäische Politik, im Westen wie im Osten, beeinflusst wird. Die Länder des sogenannten „New Europe“ – Länder des früheren Ostblocks wie Polen, Rumänien und Bulgarien – sind besonders eifrig dabei, den US-amerikanischen Instruktionen zu folgen, nicht zuletzt um neue US-amerikanische Militärbasen und ausländische Investitionen anzuziehen.

Die USA haben stets versucht zu verhindern, dass Europa die Fragen der Restrukturierung eigenständig löst, sowohl innerhalb Europas wie auch ganz allgemein in der Welt. Gegenwärtig drückt sich dies darin aus, dass die USA versuchen, im Mittleren Osten eine vom Irak ausgehende Freihandels- und Investitionszone einzurichten. Das heißt nicht, dass die USA im Irak alles durchsetzen können, was sie möchten; aber die europäischen Mächte mussten sich ebenso wie die Vereinten Nationen nach dem Krieg mit Bedingungen arrangieren, die primär von den Siegern diktiert wurden, die heute die Ölreserven im Irak (nach Saudi Arabien die zweitgrößten der Welt) kontrollieren. Mittlerweile wird im Irak mehr Öl gefördert als vor der amerikanisch-britischen Invasion.

Wenn die USA ihre strategische Stellung im Mittleren Osten konsolidieren können, wird ihre geopolitische Macht enorm zunehmen. Zugleich würde die Abhängigkeit vom saudi-arabischen Öl abnehmen. Kein US-Präsident wird daher in nächster Zukunft die substantielle Kontrolle über den Mittleren Osten, oder genauer gesagt über das Öl des Mittleren Ostens, aufgeben.

Anarchie, Chaos oder globale Herrschaftsstrukturen?

Der Begriff der Anarchie ist in Wallersteins kurzem Aufsatz nicht definiert. Er scheint jedoch mit Anarchie nicht nur die Abwesenheit einer regierenden Autorität oder einer Macht im internationalen Staatensystem zu meinen, sondern auch einen Zustand des Chaos. Natürlich schließt der gegenwärtige Zustand der Weltordnung auch Chaos ein. Vieles von diesem Chaos ist allerdings organisiert und hat verschiedenste Gründe: Die Verlagerung von Zentren ökonomischer Entwicklung, die Verschiebungen zwischen Stadt und Land, der Einsatz von organisierter Gewalt, die Krisen, die mit der weltweiten kapitalistischen Entwicklung einhergehen, ebenso wie die reaktionären Kräfte, die sich dem Projekt der westlichen Modernisierung entgegenstellen.

Man kann aber keinesfalls sagen, dass es überhaupt keine Form einer globalen Autorität gäbe – es gibt durchaus eine Reihe von Institutionen einer globalen Herrschaft, die nicht nur die großen kapitalistischen Staaten, sondern auch internationale Organisationen, ebenso wie private und informelle Netzwerke der Macht umfasst. In dieser globalen Herrschaftsstruktur werden politische und zivilgesellschaftliche Elemente im Weltmaßstab vereint. Dies gilt beispielsweise für Institutionen wie die Trilaterale Kommission oder das Forum von Davos. Die Welt ist also nicht ganz so anarchisch wie Wallerstein meint. In der „internationalen Staatengemeinschaft“ können eine Reihe von Regeln, Normen und Regierungspraktiken beobachtet werden, ob wir sie mögen oder nicht.

Ich bin auch skeptisch bezüglich des Determinismus' in Wallersteins Schlussargument, das seiner ganzen Erörterung zugrunde liegt: seine Auffassung, dass der ökonomische Kontext der ganzen Auseinandersetzungen von einer

lang anhaltenden (etwa 50 Jahre dauernden) und abwärts gehenden Welle relativer Stagnation (einer Kondratieffschen B-Phase) bestimmt wird. Demnach hat der Abstieg im Jahre 1970 begonnen und wird voraussichtlich bis um das Jahr 2020 anhalten. Charakteristisch für diese Phase sei der Rückgang der „Profitabilität produktiver Unternehmen“ (S. 568), die Umorientierung des Kapitals auf finanzielle Spekulationen und die Flucht der krisenhaften Industrien aus den Zentren in die semi-peripheren „Entwicklungsländer“ mit niedrigen Löhnen. Ebenso kennzeichnend seien wachsende Arbeitslosigkeit und die Versuche der Staaten, diese Arbeitslosigkeit zu exportieren. Es stimmt natürlich, dass es viele dieser Phänomene gibt; auch die ILO hat die globale Arbeitslosigkeit, die sich die letzten 30 Jahre entwickelt hat, dokumentiert. Dennoch gibt es keine Parallele zur aggressiven und letztlich destruktiven Politik der 1930er Jahre.

Wenn Wallerstein die These vertritt, dass die US-zentrierte Struktur der Weltordnung dabei ist auseinander zu fallen und die Rivalitäten zwischen den Staaten zunehmen – zum Teil weil der Kollaps der Sowjetunion die Einheit der Triade (Nordamerika, EU und Japan) nicht mehr unbedingt notwendig erscheinen ließ – dann erklärt er den Wandel hin zur globalen Anarchie mit ökonomischen Gesetzen oder unerbittlichen Kräften wie den langen Kondratieff-Wellen.

Das Problem dieses Ansatzes ist, dass es kaum wirkliche Anzeichen für eine gewachsene zwischenstaatliche Rivalität und die von Wallerstein daraus abgeleiteten politischen Konsequenzen gibt. Trotz der weltweit ansteigenden Arbeitslosigkeit und vieler Handelshemmnisse ist von einer Desintegration der Weltökonomie wenig zu spüren. Auch die Reihe der G-7-Länder ist nach wie vor ohne Bruch. So ist z.B. im Kontext einer Weltökonomie, die durch häufige Währungsschwankungen und Finanzkrisen gekennzeichnet ist, der US-Dollar in den letzten 12 Monaten gegenüber dem Euro und dem Yen stark gefallen, da die Budget- und Handelsbilanzdefizite unter Bush junior stark gewachsen sind. Allerdings ist es der US-Ökonomie gelungen Unmengen von ausländischem Kapital anzuziehen, so dass Bush junior nicht nur den Krieg im Irak finanzieren konnte, sondern auch gewaltige Steuererleichterungen für die extrem Reichen – seine bevorzugte Form der Umverteilung von unten nach oben. Auch wenn es manche Friktionen geben mag, hat dies nicht zu einer beggar-thy-neighbour-Politik geführt, wie sie in den 1930er Jahre stattfand, einer Zeit, in welcher das Verständnis der Makroökonomie, verglichen mit heute, noch primitiv war.

Natürlich sind all diese Beziehungen wesentlich komplexer als ich es hier ausführen konnte, vor allem sind sie von der Gleichzeitigkeit von Konflikt und Kooperation gekennzeichnet. Der springende Punkt ist aber, dass die politischen Auswirkungen des von Wallerstein identifizierten Abschwungs der Weltwirtschaft, die von ihm in den letzten 20 Jahren vorausgesagt wurden,

nicht eingetreten sind. Weder kam es zu einer Abkehr vom ökonomischen Liberalismus noch zu einer Desintegration der Handels-, Investitions- und Produktionsstrukturen der Weltwirtschaft. Einen der Gründe dafür hat Wallerstein in seinem Text selbst genannt: Die globale Niederlage der Linken und der Projekte des Staatsinterventionismus. Ein weiterer Grund ist aber auch der Machtgewinn des Kapitals.

Schließlich argumentiert Wallerstein, dass zu der Zeit, als Bush Präsident wurde, „die Aussichten für die einzig verbliebene Supermacht überhaupt nicht gut waren“. Der Krieg im Irak, den Bush unter dem Eindruck des 11. Septembers führte, habe die Grenzen der US-amerikanischen Macht enthüllt: Wichtige Verbündete verweigerten den USA die Unterstützung und nicht einmal schwächere Länder wie die Türkei ließen sich „bestechen“. Zwar schufen die USA eine „Koalition der Willigen“, um Druck auf andere Staaten auszuüben, welche die von USA diktierte Autorisierung der Vereinten Nationen für den illegalen Aggressionskrieg gegen den Irak unterstützen sollten. Doch ist dieses Unternehmen weitgehend misslungen.

Trotzdem dominieren die USA alle Diskussionen zur Nachkriegsordnung im Irak und diktiert die konkreten Vorschläge (die konstitutionellen Rahmenbedingungen; die Pläne für die Privatisierung der Ökonomie mit Ausnahme des Öls; die Struktur der Sicherheitsvorkehrungen und der Militärbasen der US Kräfte). Auch wenn die USA für den Irakkrieg kritisiert wurden, erhielten sie für die meisten Positionen die Unterstützung der Vereinten Nationen. Das gilt auch für jene Verbündeten Amerikas, die scheinbar am vehementesten gegen den Krieg zu opponierten: Deutschland und Frankreich. Als es um lukrative Verträge zur Rekonstruktion des Irak ging, klagte „Old Europe“ nur noch darüber, dass die USA ihren Unternehmen keinen gleichberechtigten Zugang zu den vom Pentagon und anderen US-Agenturen verwalteten Aufträgen gewährte. Letztlich waren die Regierungen Deutschlands und Frankreichs auf der Linie der USA, obwohl ihre Bürger weiterhin gegen die amerikanisch-britische Irak-Politik opponierten.

Im Wunderland

Daher müssen wir bei einer Reihe oder sogar bei allen Vorhersagen, die Wallerstein anbietet, sehr vorsichtig sein: Z.B. wenn er argumentiert, dass der europäische Einigungsprozess weitergeht und sich die EU im Resultat von den Vereinigten Staaten entfernen wird (aus meiner Sicht unwahrscheinlich); dass es Tendenzen für eine Allianz zwischen China, Korea und Japan geben wird (sehr unwahrscheinlich); dass es zur Proliferation von Atomwaffen im Süden kommen wird (wahrscheinlich); dass der US-amerikanische Imperialismus seine eigenen moralischen Legitimitätsansprüche untergraben wird (möglich, aber entscheidend ist ja Legitimität in wessen Augen); dass das „Lager von Porto

Alegre“ kämpferischer und stärker wird (möglich, aber es gibt schon Anzeichen einer inneren Spaltung, wie sich auf dem letzten Forum in Indien gezeigt hat), während das „Lager von Davos“ zerbricht (möglich, obwohl das Kapital in der vergangenen Dekade bemerkenswert erfolgreich war, was den Erhalt seiner Rahmenbedingungen und seine Akkumulation angeht) und schließlich, dass die Vereinigten Staaten ihren Krieg gegen den Irak bereuen (möglich, obwohl der Krieg im Irak für die US-Außen- und Innenpolitik lange nicht die umfassenden negativen Konsequenzen hat, die der Vietnamkrieg hatte). Nach all dem schließt Wallerstein mit einer Beobachtung, die eine Reflektion von Alice im Wunderland sein könnte: „Sicher ist dagegen, dass die Welt, die entsteht, ein Ergebnis *unseres* kollektiven und konkreten Handelns in den kommenden Jahrzehnten sein wird.“ (S. 573, kursiv S.G.).

Wahrscheinlich wird niemand aus der Linken etwas gegen diese abschließende Aussage Wallersteins einwenden, vorausgesetzt dass „wir“ auch hinzufügen, dass die Bedingungen, unter denen Geschichte gemacht wird, nicht notwendigerweise „unserer“ Wahl entspringen. Jedoch werden nur wenige der Linken mit der zentralen Prämisse einverstanden sein, dass die USA, bzw. die dominanten Kräfte mit ihren riesigen Staatsapparaten, dem Pentagon und der CIA und den gigantischen Konzerne, nicht mehr so gut in der Lage sind, die Weltordnung zu kontrollieren. Sie wären wohl auch nicht der Auffassung, dass die wichtigsten Alliierten aktiv danach streben, sich von den USA zu emanzipieren: bestenfalls wollen die dominanten Kräfte in Europa in einigen Punkten gleichberechtigt behandelt werden.

Giovanni Arrighi hat einmal gesagt, dass in praktisch allen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg eine „Amerikanische Partei“ entstanden ist, das heißt, eine Konstellation sozialer und politischer Kräfte, die mit den Vereinigten Staaten kooperieren wollen. Für Europa traf dies auf eine Vielzahl von Kräften zu: Sozialisten, Sozialdemokraten, konservative und autoritäre Parteien und Regime, ebenso wie Kirchen, Medien, Intellektuelle und Gewerkschaften. Dies erklärt warum die militärische Entwicklung Europas unter dem Schutz der NATO steht und warum die von Europa geplante schnelle Eingreiftruppe als Ergänzung zur US-amerikanischen Macht genutzt werden soll – insbesondere zur Intervention in der Peripherie Europas.

Wallersteins prinzipielle Annahme eines Niedergangs der US-amerikanischen Macht wurde von den Millionen, die 2003 weltweit gegen den amerikanisch-britischen Aggressionskrieg im Irak protestierten, nicht geteilt. Die Demonstrationen waren gerade deshalb so groß, weil sich die Menschen über die Ausmaße des US-amerikanischen Projekts einer globalen Dominanz klar wurden und weil sie sehen konnten, wie die USA ungestraft Gewalt auf breiter Ebene einsetzen kann – nicht zuletzt aufgrund einer neuen Waffengeneration, welche die Wissenschaftler des Pentagon fieberhaft entwickelt haben.

Ausblick und Prognose

Die politische Analyse muss „Pessimismus des Verstandes und Optimismus des Willens“ vereinen. Der Pessimismus des Verstandes unterstellt eine nüchterne, unparteiliche und historisch fundierte Analyse der maßgeblichen Kräfte, Prozesse, Institutionen und Ideen, welche die Weltordnung bestimmen, sowie die Fähigkeit, das Gefüge der treibenden Kräfte zu begreifen und damit in Verbindung zu bleiben. Dies schließt auch die Reichweite und Beschaffenheit der herrschenden polit-ökonomischen und militärischen Strukturen ein. In diesem Zusammenhang setzen historische Strukturen bestimmte politische „Grenzen des Möglichen“. Aber diese Grenzen lassen sich nicht „durch Zweifel“ verändern, sondern durch das politische Handeln progressiver Kräfte, die nicht nur einen „Pessimismus des Verstandes“ walten lassen, sondern auch einen kollektiven „Optimismus des Willens“. Eine tragfähige politische Analyse muss, wie Gramsci sagte, gewaltsam gegen die Gegenwart gerichtet werden, wenn man die Gegenwart verändern will. Veränderung heißt, über die unmittelbaren strukturellen Zwänge, über die Grenzen der „geltenden Realität“ hinauszuschauen, um sich in Richtung auf einen neuen Gesellschaftstyp bewegen zu können. In dieser Weise bewegen sich progressive Kräfte vom Reich der Notwendigkeit hin zum Reich der Freiheit: Sie kombinieren das „Sein“ mit dem „Sollen“. Oder wie Gramsci bemerkte:

„Gewiß bedeutet voraussehen nur, die Gegenwart und die Vergangenheit als Bewegung gut zu sehen: gut zu sehen, das heißt, die grundlegenden und dauerhaften Elemente des Prozesses genau auszumachen. Die Vorstellung einer reinweg ‚objektiven‘ Voraussicht ist aber absurd. Wer eine Voraussicht trifft, hat in Wirklichkeit ein ‚Programm‘, das zum Triumph geführt werden soll, und die Voraussicht ist gerade ein Element eines solchen Triumphes.“ (Gramsci 1996, Heft 15, § 50, S. 1767).

Übersetzung aus dem Amerikanischen von Sabine Nuss

Literatur

- Wallerstein, Immanuel (2003): Auftakt zur globalen Anarchie, in: *PROKLA* 133, 565-573
- Gill, Stephen. (1986): American Hegemony: Its Limits and Prospects in the Reagan Era. *Millennium*, 15 (3): 311-36.
- (1990): *American Hegemony and the Trilateral Commission*. Cambridge: Cambridge University Press.
 - (1998a): New Constitutionalism, Democratisation and Global Political Economy. *Pacifica Review*, 10 (1): 23-38.
 - (1998b): European Governance & New Constitutionalism: EMU & Alternatives to Disciplinary Neo-Liberalism in Europe. *New Political Economy*, 3 (1): 5-26.
 - (2001): Das Globale Panopticon. Finanzwesen und Überwachung nach dem Kalten Krieg. *PROKLA* 124, 353-82.
 - (2003): *Power and Resistance in the New World Order*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte* Bd. 7, Hamburg.